Werden Trumps Zollspielereien nach hinten losgehen?

Donald Trumps Zölle begünstigen reiche Eliten auf Kosten der Mehrheit der Bevölkerung, argumentiert der Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson. Er erklärt, wie der Handelskrieg gegen China die USA isoliert und die Länder ermutigt, nach Alternativen zu suchen.

Ben Norton moderiert das Gespräch.

Einleitung

Ben: Warum hat US-Präsident Donald Trump Zölle gegen Länder in aller Welt verhängt? Und warum führt Trump vor allem einen Handelskrieg gegen China? Was sind seine wahren Ziele?

Um zu versuchen, diese Fragen zu beantworten, habe ich mit dem Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson gesprochen, der Autor zahlreicher Bücher ist und gerade den neuen Bericht [Trump's verdrehte Sicht auf die Geschichte der US-Zölle](#) veröffentlicht hat.

Michael Hudson skizzierte die Geschichte des Einsatzes von Zöllen in den USA und in anderen Ländern und erläuterte, wie Trump Zölle als Waffe des Klassenkampfes einsetzt, um die Reichen auf Kosten der großen Mehrheit der Bevölkerung zu begünstigen, und auch, wie Trump versucht, das globale Finanzsystem umzugestalten, um die USA auf Kosten aller anderen zu begünstigen.

Doch wie Michael Hudson gewarnt hat, wirkt sich dies bereits auf die US-Wirtschaft aus und beschleunigt den Übergang zu einer multipolaren Welt.

Hier sind ein paar Ausschnitte aus unserer Diskussion, und dann geht es direkt zum Interview.

Michael: Die USA sind das einzige Land der Welt, das seinen Außenhandel zur Waffe gemacht hat, ebenso seine ausländische Währung, den Dollar und das internationale Finanzsystem. Im Grunde behandelt Trump jede wirtschaftliche Beziehung auf eine feindliche Art und Weise, um sie zur Waffe zu machen.

Andere Länder fragen: Wie können wir einen anderen Ansatz verfolgen und den Handel so einrichten, dass wir gegenseitig davon profitieren können? Wie können wir Investitionen so behandeln, dass nicht nur der Investor profitiert, sondern auch wir?

Was also passiert, ist, dass Trump die USA von Handels- und Investitionsbeziehungen isoliert, während andere Länder ihre gegenseitigen Produktions-, Transport- und Investitionseinrichtungen gestalten.

Er hat versucht, China zu isolieren, aber was er tut, ist, sich von allen zu isolieren, außer von seinen Satelliten.

Interview

Ben: Michael, danke, dass Sie zu mir gekommen sind; es ist mir immer ein Vergnügen. Lassen Sie uns zunächst über den Bericht sprechen, den Sie veröffentlicht haben.

Sie haben die Geschichte des Einsatzes von Zöllen und der Industriepolitik in den USA skizziert, und Sie argumentieren, dass Trump Zölle im Wesentlichen als eine Form des Klassenkampfes einsetzt, um die Last von den Reichen und Unternehmen zu nehmen und die Steuerlast für die Arbeiterklasse durch den Einsatz von Zöllen zu erhöhen.

Können Sie uns sagen, was Ihre Argumentation in diesem Bericht ist und warum Sie sich entschieden haben, ihn zu schreiben?

Michael: Es geht um viel mehr als nur um Klassenkampf. Trump beschwert sich seit Jahren darüber, dass die reichsten Menschen progressiv besteuert werden, mit einem höheren Steuersatz als andere Menschen. Er will den Steuersatz für den Finanz-, Versicherungs- und Immobiliensektor, den FIRE-Sektor, ganz abschaffen.

Ich glaube, er muss eine Diskussion mit einem Wirtschaftswissenschaftler oder Historiker geführt und gesagt haben: „Gibt es nicht irgendeinen Weg, wie wir ohne eine Einkommensteuer auskommen können?“ Und die Person muss ihm gesagt haben: „Nun, die USA hatten vor 1913 keine Einkommensteuer.“

Und Trump sagte: „Keine Einkommensteuer?“ Nein, der Oberste Gerichtshof hat entschieden, dass eine Einkommensteuer verfassungswidrig ist. Das ist es, was die obersten Gerichte tun: Sie versuchen, jede Art von progressiver Sozialgesetzgebung zu verhindern.

Schließlich verabschiedete der Senat 1913 den 14. Zusatzartikel und ermöglichte die Erhebung einer Einkommensteuer.

Daraufhin fragte Trump: „Wie haben sich die USA denn vorher finanziert?“ Und die Antwort lautete: Fast alle Steuereinnahmen der USA stammten aus Zöllen, aus Zolleinnahmen und aus Landverkäufen für Land, das sie den Indianern abgenommen hatten.

Trump sagte also: „Sie haben es durch Zölle geschafft!“ Der Vorteil von Zöllen liegt für Trump darin, dass die Kosten auf die Verbraucher abgewälzt werden. Er übersieht, dass sie auch Unternehmen treffen, die Waren von ihren ausländischen Tochtergesellschaften importieren.

Aber letztendlich sagte Trump: „Oh, das trifft die Verbraucher; das ist wunderbar! Warum können wir nicht zum alten Zustand zurückkehren? Warum können wir die Einkommensteuer nicht ganz abschaffen – zumindest für meine Wählerschaft, die Wahlkampfspender – und warum können wir nicht einfach die Zölle erhöhen?“

Seine Kollegen müssen gesagt haben: „Wie wollen Sie die Leute nur davon überzeugen, mitzumachen?“ Und Trump entgegnete: „Mal sehen, unter dem Schutz von Zöllen stiegen die USA im späten 19. Jahrhundert zu einer großen Industriemacht auf. Zölle müssen also irgendwie die Industrie gefördert haben. Und ich möchte die Industrialisierung in die USA zurückbringen, um Amerika wieder großartig zu machen. Und ich kann sagen, Zölle werden die Industrie zurückbringen.“

Er meint damit, dass die Entlastung der Wohlhabenden, insbesondere des Finanz- und Immobiliensektors, und die Verlagerung der Steuern auf die Verbraucher das Land wieder großartig machen werden.

Was er allerdings verschweigt, ist die Tatsache, dass es nicht die Zölle an sich waren, die Amerika zu einer Industriemacht machten. Es gab ein umfassendes Programm, das für die Industrialisierung Amerikas notwendig war.

All dies wurde in den 1820er Jahren von Henry Clay unter dem Namen „Amerikanisches System“ dargelegt. Das Amerikanische System bestand aus Schutzzöllen, „internen Verbesserungen“ – das heißt öffentlichen Investitionen in die Infrastruktur – und einem nationalen Bankensystem zur Finanzierung der Industrie.

Nun, Trump hat dazu nichts gesagt, daher lohnt es sich, etwas dazu anzumerken.

Ende des 19. Jahrhunderts fragten sich die USA: „Wie können wir die Lohnkosten der Industrie senken, ohne eine große Streikwelle auszulösen?“

Die Lösung bestand darin, den öffentlichen Sektor einen Großteil der Kosten übernehmen zu lassen, die die Arbeitnehmer sonst aus ihren eigenen Gehältern bestreiten müssten.

Im Bildungsbereich könnten wir kostenlose Bildung anbieten – nicht die 50.000 Dollar pro Jahr, die Arbeitnehmer heute zahlen müssen, um später einen Job zu bekommen. Wir könnten Sozialprogramme, Gesundheitsprogramme und andere Programme einführen, um sie zu unterstützen.

Wir könnten natürliche Monopole im öffentlichen Bereich schaffen, beispielsweise im Verkehrswesen, angefangen beim Erie-Kanal bis hin zu Straßen und anderen Verkehrsmitteln. Auch im Kommunikationsbereich könnten wir natürliche Monopole schaffen.

Alle diese natürlichen Monopole wären, wenn sie nicht in öffentlichem Besitz wären, im Besitz von Privatpersonen, die Monopolrenten erhielten. Und die USA behaupteten, dass wir im Wettbewerb mit anderen Ländern im Wesentlichen auf die Art und Weise stehen könnten, wie die klassischen Ökonomen es beschrieben: Man senke die Produktionskosten, indem man den Staat möglichst viele dieser Kosten durch öffentliche Unternehmen und öffentliche Infrastruktur trage; man vergesellschaftete oder verstaatliche im Wesentlichen das Land.

„Sozialismus“ war im späten 19. Jahrhundert kein schlechtes Wort. Fast alle im politischen Spektrum bezeichneten ihre Politik als sozialistisch. Es gab christliche Sozialisten, libertäre Sozialisten, marxistische Sozialisten und Sozialdemokraten. Jeder war eine andere Art von Sozialist.

Das bedeutete eine zunehmende Rolle des Staates bei der Bereitstellung von immer mehr Dienstleistungen oder der Regulierung der Wirtschaft, wie beispielsweise durch das Kartellgesetz von 1890, um Monopolpreise und die Zerschlagung von Trusts durch Teddy Roosevelt zu verhindern.

Die Grundidee bestand darin, die Produktionskosten durch ein staatliches Handeln zu minimieren. Man sagte: „Wenn wir eine gemischte Wirtschaft erreichen können, eine öffentliche und eine private Wirtschaft zusammen, und der Staat Industriekredite fördert – nicht die Art britischer Kredite, die nur dem Handel oder der Ausbeutung dienen, oder Kredite an Landwirte –, sondern tatsächlich Kapitalinvestitionen in der Industrie finanziert, dann können wir durchstarten.“

Es war dieser Kontext für Schutzzölle, der den Reichtum der USA ermöglichte.

Was Trump will, ist das genaue Gegenteil. Er will die Wirtschaft deregulieren, nicht regulieren. Er will alles verbleibende öffentliche Eigentum, alle öffentlichen Unternehmen privatisieren.

Die Post zum Beispiel könnte privatisiert werden. Das würde die Dienstleistungen für ländliche Gebiete einschränken. Die Preise würden steigen. Der Großteil der US-Wirtschaft würde dadurch wie Thames Water in London aussehen.

Sie werden die amerikanische Wirtschaft „thatcherisieren“, um mit ihr das zu machen, was Margaret Thatcher und Tony Blair für England getan haben; oder was die Reaganomics für die USA zu tun begannen.

Wir sprechen also von einer regierungsfeindlichen Politik, nicht von einer gemischten Politik. Und unter Elon Musk will er die Regierungsbehörden komplett zerschlagen und alles privatisieren.

Sie werden die Sozialprogramme des Landes abbauen, ihre Subventionen streichen, subventionierte Sozialprogramme streichen, die es Unternehmen wie Amazon oder anderen Niedriglohnunternehmen ermöglicht haben, sehr niedrige Löhne zu zahlen, und das amerikanische Sozialsystem soll für Arbeitnehmer aufkommen, die unterhalb der Armutsgrenze bezahlt werden, weil der Mindestlohn in den Vereinigten Staaten nicht erhöht wurde.

Das steht den USA also tatsächlich bevor: die Regierung zu kürzen, im Wesentlichen zu privatisieren; insbesondere die Sozialversicherung und andere Sozialprogramme wie Medicare abzuschaffen.

Sie nennen es Rationalisierung der Wirtschaft oder Schaffung eines „freien Marktes“, eines Marktes ohne Eingriffe des Staates, der die Verbraucher schützt und die Bevölkerung vor räuberischen Monopolen und räuberischer Finanzwirtschaft bewahrt.

Ben: Michael, du hast viele wichtige Punkte angesprochen.

Ich möchte auf die Idee des Goldenen Zeitalters eingehen: Trump sieht das 19. Jahrhundert im Wesentlichen als ein Vorbild, zu dem die USA zurückkehren sollten.

Das Goldenen Zeitalter ist berüchtigt für die Raubritter, diese großen Milliardäre wie Cornelius Vanderbilt und J.P. Morgan.

Heute gibt es natürlich ähnliche Oligarchen. Viele von ihnen gehören der Trump-Administration an, darunter Elon Musk, der reichste Milliardär und Oligarch der Welt. Da wäre zum Beispiel der Finanzminister, ein weiterer milliardenschwerer Hedgefonds-Manager, Scott Bessent. Und dann ist da noch der Milliardär und Handelsminister Howard Lutnick; auch er kommt von der Wall Street.

Zu seiner Amtseinführung im Januar lud Trump die mächtigsten Milliardäre der Welt ein, wie Mark Zuckerberg, Jeff Bezos, Tim Cook und andere.

Sie betonen also unter anderem, dass Trump nicht nur die progressiven Errungenschaften des New Deal, sondern auch die der Progressive Era des späten 19. und frühen 20. Jahrhunderts zunichte machen will.

Wenn Trump auf Persönlichkeiten wie den US-Präsidenten McKinley zurückblickt, sieht er das 19. Jahrhundert und das Goldene Zeitalter im Wesentlichen als etwas Positives. Natürlich wurde die große Mehrheit der Bevölkerung ausgebeutet und lebte unter schrecklichen Bedingungen, doch für eine kleine Handvoll Oligarchen war die Situation recht rosig.

Warum, glauben Sie, sieht Trump das so?

Michael: Was Trump nicht erkennt, ist, dass das Goldene Zeitalter ein Versagen des US-Protektionismus war. Im Zuge des Schutzes industrieller Investitionen verdiente der Finanzsektor viel Geld damit. Und die Finanzwelt war schon immer die Mutter der Trusts.

Die Finanzwelt führte zu einem Streit darüber, wer die Eisenbahnen kontrollieren sollte. Die Krise von 1873 brach aus, als die Eisenbahngesellschaft des Raubritters Jay Cooke zahlungsunfähig wurde. Rivalen versuchten, sich gegenseitig die Kontrolle über die Eisenbahnen abzukaufen.

Das Goldene Zeitalter entstand eher zufällig, als Nebenprodukt der Reichtümer der Industrie, die auch viele Gegner der Industrie, wie Monopolisten, reich machten.

Deshalb gab es 1890, als er Kongressabgeordneter war, im Jahr des McKinley-Zolls das Sherman-Kartellgesetz. Man sagte: „Okay, wir werden dafür sorgen, dass der Schutz der Industrie nicht zum Schutz von Monopolen wird; er wird nicht zum Schutz von leistungslosem Reichtum und Streben nach wirtschaftlicher Rente.“

Trump stellt also alles auf den Kopf: Was die Amerikaner 1890 als Versäumnis korrigierten – oder zumindest begannen, um einen öffentlichen Mechanismus zur Vermeidung des Goldenen Zeitalters zu schaffen –, als wäre das tatsächlich ein großer Erfolg gewesen.

Wäre es nur gelungen, würde Trump sagen, dann hätte sich Amerika polarisiert und das getan, was Goldene Zeitalter tun.

Ben: Ja, und einer der Punkte, die Sie betonen, Michael, ist, dass Chinas Modell völlig anders ist.

China verfolgt die gleiche staatlich gelenkte Industriepolitik, die jede industrialisierte Volkswirtschaft zur Industrialisierung und zum Aufbau eines verarbeitenden Gewerbes verfolgt.

Telekommunikation, Infrastruktur, Bildung, Energie, Land und Finanzen befinden sich in Staatsbesitz – vor allem das Finanzsystem in China ist staatlich.

China hat Fünfjahrespläne, in denen es gezielt bestimmte Branchen fördert, die es entwickeln möchte.

China plant unter anderem Elektrofahrzeuge und will diese Industrien durch Subventionen, Infrastrukturinvestitionen, Berufsausbildung, Bildung und günstige Kredite staatlicher Banken sensibilisieren. Außerdem sollen Halbleiter und zivile Verkehrsflugzeuge entwickelt werden.

Können Sie Chinas Industriepolitik mit der fehlenden Industriepolitik der Trump-Regierung vergleichen?

Michael: Man könnte Chinas Entwicklung mit der Politik der USA und Deutschlands vergleichen, als sich die beiden entwickelten.

China hat sozusagen das Rad neu erfunden. Eines meiner ersten Bücher, das als Lehrbuch ins Chinesische übersetzt wurde, war mein Buch über Handel, Entwicklung und Auslandsverschuldung. Darin beschrieb ich den Gegensatz zwischen Freihandel und Protektionismus und wie die USA ein protektionistisches Argument entwickelten, um den Freihandelsargumenten Englands entgegenzutreten und die Industrie zu schützen.

China hat also im Wesentlichen dasselbe Logische getan, was jede Regierung tun müsste: die eigene Industrie zu subventionieren und sie vor billigeren Importen zu schützen, die sie unterbieten.

Die Industrie muss, wenn auch nicht unbedingt profitabel, so doch zumindest genug verdienen, um ihre Arbeitskräfte zu bezahlen und die Rohstoffe und Maschinen für die industrielle Produktion zu finanzieren.

Was China im Gegensatz zu anderen Ländern nicht getan hat – obwohl Deutschland im 19. Jahrhundert damit begann – war, Geld und Kredit als öffentliche Güter zu erhalten.

China tat dies, weil es nach Maos Revolution keine andere Wahl hatte. Wie soll die Regierung Investitionen in die Industrie finanzieren, die einst ein sehr armes Bauernland waren – im Grunde, wie der US-Handelsminister China immer wieder nennt, ein Bauernland?

Ben: US-Vizepräsident JD Vance bezeichnete die Chinesen als einen Haufen Bauern. Und das hat die Menschen in China sehr verärgert.

JD Vance-Clip: „Wir leihen uns Geld von chinesischen Bauern, um die Produkte zu kaufen, die diese chinesischen Bauern herstellen. Das ist kein Rezept für wirtschaftlichen Wohlstand.“

Ben: Und das hat die Menschen in China wirklich gegen die USA vereint.

Michael: Natürlich. Da Maos Revolution die wohlhabenden Finanzklassen beseitigt hatte, konnte die Regierung es den westlichen Ländern nicht mehr gleichtun und sich Geld von den wohlhabenden Klassen leihen, um das Staatsdefizit in der Industrie zu decken. Also schuf China sein eigenes Geld.

Genau das taten die amerikanischen Kolonien im 17. und 18. Jahrhundert. Als Großbritannien die Kolonien dominierte und sie zwang, Getreide und andere Güter zu exportieren, indem es sich von britischen Händlern harte Währung lieh, begannen die Kolonien, ihr eigenes Papiergeld zu schaffen.

So entwickelten sie sich im Grunde.

Als Amerika den Unabhängigkeitskrieg führte, gab die Regierung Continentals aus – die sogenannte Continental-Währung.

Im Bürgerkrieg waren die Kriegskosten in Amerika so hoch, dass man sich unmöglich Geld von inländischen Gläubigern leihen konnte. Die Regierung druckte Greenbacks. Doch in Friedenszeiten wehrte sich der Finanzsektor und bestand auf „solidem Geld“, also Geld, das man an private Geldgeber verzinst.

Da China keine privaten Geldgeber hatte, tat es dasselbe wie Amerika: Es druckte das Geld selbst.

Und das Bankwesen blieb im öffentlichen Raum. Das bedeutet, dass chinesische Banken keine Kredite für die gleichen Zwecke vergeben wie amerikanische Banken.

Wir wissen, dass sie die Vergabe von Immobilienkrediten übertrieben haben, aber sie vergeben keine Kredite für Unternehmensübernahmen, an private Investoren, die sich Geld leihen, um ein anderes Industrieunternehmen zu übernehmen und es dann einfach leerzuräumen und das zu tun, was amerikanische Firmenplünderer und Kleptokraten tun.

So konnte China Geld schaffen, das in die Wirtschaft gesteckt werden konnte, um dem Gemeinwohl zu dienen: Wohnraum zu schaffen, Hochgeschwindigkeitszüge zu finanzieren und die gesamte öffentliche Infrastruktur zu finanzieren, die China in öffentlicher Hand belassen hat, um sie der breiten Bevölkerung zu niedrigen, subventionierten Preisen anzubieten.

Wenn also ein privates Unternehmen in China eine Fabrik zur Produktion von Waren für den Export in die USA oder andere Länder errichtet, muss es den Arbeitern nicht so viel zahlen, dass es für privatisierte Transportmittel aufkommen müsste; es gibt ein hervorragendes öffentliches Nahverkehrssystem mit U-Bahnen und Eisenbahnen.

Chinesen müssen keine Studienkredite aufnehmen, um eine Ausbildung zu erhalten; sie können diese im öffentlichen Sektor in China bekommen. Sie können sich krankenversichern.

Sie müssen nicht für all das bezahlen, was Arbeitnehmer und Arbeitgeber in den USA bezahlen müssen. Das ermöglicht China billige Arbeitskräfte.

Es geht nicht darum, dass es sich um verarmte Arbeitskräfte handelt; es geht nicht darum, dass es sich um arme Arbeitskräfte handelt; denn die Arbeitskräfte in China werden immer besser entlohnt; aber ihre Entlohnung besteht nicht nur aus dem Gehalt, sondern aus all den öffentlichen Dienstleistungen, die sie erhalten und die die Amerikaner von ihrem Gehalt bezahlen müssen.

Wenn man sich also vor Augen führt, dass der Lebensstandard der Arbeiter nicht nur vom Gehalt abhängt, sondern auch von den öffentlichen Dienstleistungen, die sie erhalten, oder von den subventionierten Preisen, die sie für Grundbedürfnisse zahlen müssen, dann stellt man fest: Wenn Grundbedürfnisse als solche behandelt werden, sollte jeder sie als Voraussetzung für die Staatsbürgerschaft erhalten können.

Genau das passiert in China. Und genau das hat es China ermöglicht, westliche Volkswirtschaften, die privatisiert und von Thatcher und Reagan regiert wurden, zu unterbieten.

Und genau so haben die USA, Deutschland und andere Industrieländer des späten 19. Jahrhunderts ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit ausgebaut.

Ben: Das sind sehr wichtige Punkte, Michael. Trump hat seine Zölle nicht nur gegenüber anderen Ländern ausgeweitet – er erhebt mittlerweile pauschal 10 Prozent Zölle auf alle Länder weltweit –, sondern gezielt auch auf China mit Zöllen von 245 Prozent – wobei eine weitere Erhöhung dieser Zölle ab einem bestimmten Punkt keinen Sinn mehr macht; sie hat weitgehend symbolischen Charakter.

Warum, glauben Sie, zielt Trump so aggressiv speziell auf China ab?

Glauben Sie, es hängt mit dem zusammen, was Sie gerade erklärt haben, den erheblichen Unterschieden zwischen dem chinesischen und dem US-amerikanischen System? Das könnte erklären, warum die USA deindustrialisiert sind und mit Chinas hochentwickeltem Fertigungssystem einfach nicht konkurrieren können.

Michael: Sie haben Recht, dass Amerika nicht konkurrenzfähig ist. Es ist sich dessen bewusst und behandelt China als Feind.

Aber was die Zollfrage betrifft: Trumps dreimonatige Übergangszeit vor der Verhängung der sehr hohen, disruptiven Strafzölle richtet sich speziell gegen China.

Lassen Sie mich den Zusammenhang erklären, denn er ist auf den ersten Blick nicht klar.

Die von ihm angekündigten Zölle beeinträchtigen den Handel anderer Länder so stark, dass sie darunter leiden werden – ebenso wie die US-Wirtschaft, die US-Verbraucher und die US-Unternehmen.

Trump sagt, diese Maximalforderungen seien verhandelbar. Und er fragt andere Länder: „Wenn wir euren Handel nicht stören, indem wir euch Zölle von 40 Prozent oder mehr auferlegen, was werdet ihr uns im Gegenzug geben? Was gebt ihr uns zurück, wenn wir diese Forderungen nicht stellen?“

Zuerst dachte ich: „Er wird vielleicht verlangen, dass sie öffentliche Infrastruktur an Amerikaner verkaufen müssen. Vielleicht müssen sie Amerikaner im Handel bevorzugen. Es gibt alles Mögliche.“

Aber Trump hat klargestellt: Was Trump will, sind diplomatische Zugeständnisse. Jedes Land wird individuellem Druck ausgesetzt sein. 75 Länder, sagt er, haben ihn angerufen und wollen verhandeln.

DONALD TRUMP Clip: „Ich sage Ihnen, diese Länder rufen uns an und küssen mir den Arsch. Sie brennen darauf, einen Deal zu machen. Bitte, bitte, Sir, machen Sie einen Deal. Ich werde alles tun. Ich werde alles tun, Sir!“

Michael: Er wird jedes Land individuell behandeln, um sicherzustellen, dass sie Amerika etwas geben. Der gemeinsame Nenner all seiner Forderungen ist jedoch, dass sie Handelsanktionen gegen den Handel mit China und gegen gegenseitige Investitionen verhängen, insbesondere gegen etwaige Pläne, sich der Belt and Road Initiative anzuschließen, anstatt die US-Pläne zu unterstützen, das gesamte von China errichtete Verbindungsnetz der Belt and Road Initiative zu unterbrechen.

Chinesische Politiker wissen also, wohin das alles führt. Sie haben angekündigt, Verhandlungen mit den USA abzulehnen, obwohl ihnen eine Waffe an den Kopf gehalten wird.

China erkennt, dass Trump nicht viele Trümpfe in der Hand hat. Was bietet er anderen Ländern wirklich, außer deren Wirtschaft nicht zu stören?

Er ist das, was man zu Maos Zeiten militärisch einen Papiertiger nannte. Nun, Amerika ist heute finanziell zu einem Papiertiger geworden. Es hat eigentlich nichts zu bieten außer der Drohung von Zöllen, der Gefahr, alle in den letzten Jahrzehnten etablierten Handelsstrukturen plötzlich zu stören.

Die wichtigste Überlegung für China in all dem, was es tun wird, ist daher, dass es den US-Markt bei weitem nicht so stark braucht, wie die USA bei wichtigen Metallen, Materialien und Industrieprodukten von China abhängig sind.

Am meisten Schlagzeilen machen die Seltenen Erden, Erze, die zu Magneten und anderen Legierungen verarbeitet werden, die heute in fast allen Hightech-Produkten verwendet werden, von Elektroautos bis hin zu Militär- und Raumfahrtprodukten. Aber auch Stahl und Aluminium sind mit enormen Zöllen konfrontiert, ebenso wie wichtige Produkte, die die amerikanische Industrie benötigt; und natürlich all die Konsumgüter, die Walmart in die USA importiert und Teile, die Apple für seine iPhones importiert.

Was also ist die wirkliche Bedrohung durch diese Zölle für China? China hat bereits erklärt, dass man keine Sojabohnen aus Amerika kaufen müsse; man könne Sojabohnen aus Brasilien beziehen, statt von US-Bauern. Und die meisten US-Sojabauern leben in republikanischen Wahlkreisen, weil die Republikanische Partei die ländliche Bevölkerung im Westen und Mittleren Westen viel stärker anspricht als die gebildete Stadtbevölkerung.

Mir wurde gesagt, dass Sojasauce eines der wichtigsten US-Produkte sei, von dem die USA China quasi abgeschnitten haben. Und all die Jahre, so erzählen mir meine chinesischen Freunde, kauften sie Sojasauce von einem singapurischen Unternehmen mit chinesischem Namen, das sie für chinesisch hielten. Wahrscheinlich wurde es nur von Singapur aus organisiert, aber es stellte sich heraus, dass es ein amerikanisches Unternehmen war, und jetzt können sie es nicht mehr bekommen.

Was wird also passieren? Nun, es ist nicht so schwer, Sojasauce aus Sojabohnen herzustellen. Und man kann sich vorstellen, dass China auf die US-Sanktionen so reagieren wird, wie jedes Land auf Sanktionen reagiert: Sobald es etwas, das es aus einem anderen Land importiert und benötigt, nicht mehr importieren kann, produziert es es selbst.

Genau das hat Russland getan, als die USA Europa aufforderten, keine Lebensmittel mehr nach Russland zu exportieren; hungern wir sie aus. Russland stoppte seine Milch- und Agrarimporte aus dem Baltikum und anderen Ländern und entwickelte seine eigene landwirtschaftliche Produktion. Das nennt man Importsubstitution.

Die Reaktion auf die Sanktionen besteht also darin, andere Länder zu zwingen, US-Importe durch heimische Produktion zu ersetzen. Und genau das hat China getan.

Warum haben die US-Strategen diesen blinden Fleck? Ich denke, der Grund dafür ist die Strafmentalität der US-Diplomaten. Das ist das Einzige, was sie heute haben. Sie haben dem anderen Land wenig zu bieten.

Sie können nicht wie Präsident Xi sagen: „Das ist eine Win-Win-Situation; wir entwickeln unseren Handel miteinander und profitieren beide davon, von unserer gegenseitigen Abhängigkeit, die ein effizientes regionales Handelssystem schafft.“

Aber die USA haben das nicht. Sie können nur das Handelssystem stören. Und sie können es für ein paar Monate stören; vielleicht dauert es ein Jahr. Es braucht Zeit, neue Produktionsmittel zu ersetzen, Handel, Importe und Exporte mit den USA zu verbinden.

Aber Sie können sich vorstellen, dass die europäischen, asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder die nächsten drei Monate damit verbringen, darüber nachzudenken, wie sie nach August eine Welt schaffen können, in der sie weiterhin produzieren und importieren können, was sie importieren – aber nicht aus den USA.

Sie alle versuchen, eine Neuausrichtung zu erwägen. Und die USA sagen: „Das wird eure Wirtschaft für etwa ein Jahr stören.“ Und die anderen Länder werden nachrechnen und sagen: „Ja, es wird unsere Wirtschaft für etwa ein Jahr stören, aber dann müssen wir uns im nächsten Jahrzehnt oder Jahrhundert nicht mehr mit US-Drohungen auseinandersetzen.“

Die USA sind das einzige Land der Welt, das seinen Außenhandel, seine Währung, den Dollar, und das internationale Finanzsystem zur Waffe gemacht hat. Sie haben jede Wirtschaftsbeziehung feindselig behandelt und sie zu einer Waffe gemacht.

Andere Länder fragen: „Wie können wir einen anderen Ansatz verfolgen und Handel als gegenseitigen Nutzen betrachten? Wie können wir Investitionen als etwas betrachten, von dem nicht nur der Investor, sondern auch wir profitieren?“

Wenn China für uns Häfen und Infrastruktur baut und wir China mit Rohstoffen, landwirtschaftlichen Erzeugnissen oder was auch immer wir produzieren, bezahlen, dann erhalten wir die Kapitalinvestitionen, die China bereitstellt, und wir ermöglichen China den Handel, den es durch den Bau von Häfen, Straßen, Eisenbahnen und anderen Transportmitteln gefördert hat.

Es gibt also zwei unterschiedliche Vorstellungen davon, wie ein alternatives Welthandelssystem aussehen könnte. Und natürlich erwarteten alle nach dem Ersten Weltkrieg, dass diese Alternative geschaffen würde.

Es ging um das Versprechen gegenseitigen Nutzens: Der wechselseitige Handel würde Länder integrieren und Handelsgewinne für friedliche, freundschaftliche internationale Beziehungen ermöglichen.

So ist es nicht gekommen. Doch nun sagen andere Länder: Wir können diese Art von Handel unter Regeln erreichen, die denen der Vereinten Nationen von 1945 sehr ähnlich sind. Aber nicht unter den Regeln, die die USA uns für ihre eigene einseitige, unipolare Weltordnung auferlegen, auf der sie beharren.

Was also passiert, ist, dass andere Länder ihre gegenseitigen Produktions-, Transport- und Investitionsmöglichkeiten ausbauen. Trump isoliert die USA von Handels- und Investitionsbeziehungen.

Es hat versucht, China zu isolieren, isoliert sich aber damit von allen außer seinen Satellitenstaaten in Westeuropa – Deutschland, England und den anderen europäischen Ländern.

Die Frage ist: Wie lange können seine asiatischen Satellitenstaaten – Südkorea, Japan, die Philippinen und sogar Taiwan – noch entscheiden, ob sie ihre langfristige Zukunft auf den Handel mit China, dessen Markt wächst und expandiert, oder mit den USA, deren Markt schrumpft, ausrichten?

Und es geht sogar noch weiter. Trump hat angekündigt, andere Länder zu bestrafen, die nach einer Alternative zum Dollar suchen. Und dennoch erschien im *Wall Street Journal* vom 18. April ein ganzer Leitartikel: Trump versucht nun, andere Länder daran zu hindern, ihre internationalen Reserven in Dollar zu halten.

***Er zwingt andere Länder zum Verkauf ihrer Dollars,
indem er eine Steuer auf deren Staatsanleihen erhebt.***

Wenn Sie eine ausländische Zentralbank sind und das tun, was Sie seit 1971 tun, als Nixon vom Gold abließ, und Sie Ihre Devisenreserven in Form von US-Dollar, in Form von US-Staatsanleihen, Wertpapieren staatlicher Agenturen oder anderen US-Beständen halten, dann müssen Sie auf einmal eine Steuer darauf zahlen, und diese Steuer wird bedeuten, dass Sie Geld verlieren.

Nun, der Dollar ist in den letzten Wochen stetig gefallen, Tag für Tag. Und es sieht so aus, als ob er fällt, weil andere Länder auf Trumps Drohung schauen und denken: Der Kerl meint es vielleicht ernst!

Das Wesen des amerikanischen Imperialismus – wie ich es schon 1972 in meinem Buch „Super Imperialism“ erkläre – besteht darin, dass Amerika etwas umsonst bekommt. Es kann seine Dollars drucken und die Wirtschaft mit Dollars überschwemmen, vor allem durch seine Militärausgaben im Ausland – die in den meisten Jahren den größten Anteil am Zahlungsbilanzdefizit haben – und andere Länder überschwemmen, ohne dass sie eine Alternative zum Dollar hätten.

Sie wurden vom Goldkauf abgehalten. Wie Sie sich vorstellen können, hat China Gold gekauft. Jetzt kaufen auch andere Länder Gold. Deutschland hat die Rückgabe des Goldes gefordert, das es nach dem Zweiten Weltkrieg bei der Federal Reserve verwahrt hatte. Keiner meiner deutschen Finanzreporter konnte herausfinden, ob das Land tatsächlich noch Gold besitzt. Die Politiker schweigen dazu.

Andere Länder werden also im Grunde aus dem Dollar gedrängt, während Trump gleichzeitig sagt: „Schließt euch nicht zusammen und schafft keine Nicht-Dollar-Zone.“

Wenn sie keine US-Dollar halten können oder ihnen gesagt wird, ihre Ersparnisse und überschüssigen Dollar in US-Schatzanweisungen umzuwandeln, werden sie Jahr für Jahr Geld verlieren.

Nun, während sie Staatsanleihen verkaufen, schwächt sich der Dollar. Und wenn der Dollar fällt, bedeutet das, dass – selbst wenn andere Länder höhere Renditen mit Aktien oder US-Anleihen erzielen – der Wert in Euro, chinesischer und japanischer Währung, der Wert in ihrer eigenen Währung aufgrund von Trumps Politik sinkt.

Trump glaubt, dass eine Senkung des Dollar-Kurses die amerikanischen Exporte wettbewerbsfähiger macht. Und das wäre natürlich auch der Fall, wenn Amerika etwas zu exportieren hätte.

Aber wie kann man Industrieexporte wettbewerbsfähiger machen, zu einem niedrigeren Preis – was wiederum die Arbeitskosten senkt, die Kosten Amerikas senkt –, wenn man keine Fabriken hat, um diese Exporte zu produzieren? Das ist das Verrückte an der ganzen Sache!

Wie kann man die Exportwettbewerbsfähigkeit der Industrie steigern, wenn man keine Industrie hat?

Die USA haben, seit Clinton in den 1990er Jahren, ihre Industrie nach Asien, China und in andere Länder verlagert. Wie um Himmels Willen können sie da wettbewerbsfähig bleiben?

Der Neoliberalismus hat die Wettbewerbsfähigkeit der USA im Grunde genommen untergraben, so wie europäische Länder und nun auch China als gemischte Volkswirtschaften wettbewerbsfähig geworden waren.

Das Wesen des Neoliberalismus besteht darin, Regierungen zu zerstückeln und zu privatisieren, im Grunde auf Pump, indem man sich Geld leiht, um Dinge zu kaufen.

Das führt zu einer inhärenten Instabilität. Und genau darüber diskutieren andere Länder.

Die Frage ist nun: Werden andere Länder bereit sein, den chinesischen Markt aufzugeben, um den amerikanischen Markt zu gewinnen?

Wie lange wird der amerikanische Markt bestehen? Und wie viel Handel und Diplomatie mit China werden sie aufgeben? Wird es zu umfassenden Sanktionen und Isolation kommen? Wird es nur eine Teil-Sanktion sein? All dies ist das Ergebnis bilateraler Verhandlungen.

Ich denke, andere Länder sollten sich ansehen, was im Inland passiert und wie Trump verhandelt.

In den letzten Monaten gab es zwei große innenpolitische Auseinandersetzungen zwischen Trump und der amerikanischen Wirtschaft: den Kampf gegen Anwaltskanzleien und den Kampf gegen Universitäten.

Trump erklärte Anwaltskanzleien den Krieg, die in den vergangenen Jahrzehnten für die Demokratische Partei gearbeitet hatten, insbesondere jenen, die Anwälte stellten, die ihn für den von der Biden-Regierung begonnenen Rechtskrieg der Demokraten (Democratic lawfare) verklagten.

Und er sagte: „Ihr müsst etwas zurückgeben.“ Als Erstes verlangte er von diesen Kanzleien 50 Millionen Dollar für Pro-bono-Arbeit – also unbezahlte Arbeit – für republikanisch unterstützte Organisationen.

Fast alle Kanzleien kapitulierten. Sie gaben nach und stimmten zu, ihm 50 Millionen Dollar oder so viel kostenlose Rechtsberatung wie gewünscht auf ihre Kosten zu zahlen.

In den letzten Tagen hat er von den Anwaltskanzleien eine Milliarde Dollar gefordert, wie die *New York Times* und das *Wall Street Journal* berichten. Er sagte, sie müssten nicht nur die republikanische Regierung unterstützen, „sondern jetzt auch mich und die republikanische Politik, während wir Klagen gegen die Regierung einreichen, um sie für die Dinge, die Elon Musk tut, zu zerstückeln und zu verkleinern“.

Also erhöht er den Preis immer weiter. Er wird eine Vereinbarung treffen. Sie denken: Okay, wir haben ihm 50 Millionen Dollar gegeben. Das ist genug. Trump hatte gesagt: „Wenn Sie das nicht tun, entziehe ich allen Ihren Anwälten die Sicherheitsfreigabe und verbiete Ihren Anwälten den Zutritt zu Bundesgebäuden, weil Sie ein ‚Sicherheitsrisiko‘ darstellen. Und ich kann den nationalen Notstand ausrufen, und ein nationaler Notstand ist alles, was ich als nationalen Notstand betrachte. Jede Bedrohung für mich ist ein nationaler Notstand, denn ich bin der Staat.“ Klingt wie König Ludwig von Frankreich.

Er verlangt immer mehr. Die Nachfrage steigt unaufhörlich. Und hier liegt wieder das Problem, mit dem sie konfrontiert sind.

Sobald man anfängt, Trump nachzugeben, denkt sich ein Tyrann: „Oh, das habe ich schon geschafft; jetzt kann ich noch mehr.“ Wenn man anfängt, ihm nachzugeben, ist das ein nie endender Abstieg. Das ist das ganze Problem.

China sieht sich vor die Wahl gestellt: zwischen der Nachkriegszeit, dem weltweiten Bekenntnis zum Freihandel nach 1945 und den gleichen Regeln für alle Länder. Oder werden sie künftig dem neomerkantilistischen Protektionismus Amerikas als neuem Kontext für den internationalen Handel unterworfen sein?

Ben: Lassen Sie uns auf diesen meiner Meinung nach sehr wichtigen Gedanken eingehen: China hat erklärt, die USA versuchten im Wesentlichen, das globale System wiederherzustellen, an dessen Aufbau sie ironischerweise nach dem Zweiten Weltkrieg mitgewirkt hatten.

Sie haben dieses System in Ihrem 1972 erschienenen Buch „Super Imperialism“ sehr gut beschrieben. Die USA haben das internationale Finanzsystem entworfen und sich selbst das exorbitante Privileg eingeräumt, die globale Reservewährung zu drucken.

Die USA haben auch die internationalen Rechts- und politischen Institutionen der Vereinten Nationen mitgestaltet. Und im UN-Sicherheitsrat sind die ständigen Sitze zwar von China und Russland besetzt, aber auch von den USA, Frankreich und Großbritannien. Die USA haben ihr Vetorecht genutzt, um die UN praktisch zu neutralisieren und sie an Maßnahmen zu hindern, die sie nicht billigen.

Die USA haben also wirklich von diesem System profitiert. Aber es scheint, als würde Trump jetzt einfach eine Bombe werfen und alles in die Luft jagen. Was glauben Sie, passiert da?

Michael: Die Welt hat sich seit 1945 stark verändert. Damals führten die USA nicht nur die Gründung der Vereinten Nationen, sondern auch des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank an.

Sie schufen ein System des Freihandels, weil im Freihandel die dominierende Wirtschafts- und Industriemacht gegenüber Ländern ohne Industrialisierung siegt.

Deshalb benötigen Länder ohne Industrialisierung Schutzzölle, um ihre Industrie und insbesondere ihre Landwirtschaft zu entwickeln – so subventionierten die USA in den 1930er Jahren ihre gesamte landwirtschaftliche Produktivität.

Die USA konnten 1945 sagen, alle Länder müssten dieselben Regeln befolgen, weil sie wussten, dass sie von den Regeln, die alle befolgen sollten – Freihandel, keine imperiale Präferenz für das britische Pfund, kein Kolonialismus, sondern Dekolonisierung –, profitieren würden.

Doch seit 1945 – acht Jahrzehnte sind vergangen – profitieren die USA seit ihrer Deindustrialisierung nicht mehr von den Regeln und der Philosophie, die sie 1945 vertraten.

Die Vereinten Nationen forderten damals, alle Länder politisch gleich zu behandeln. Dies ist seit 1648, dem Ende des Dreißigjährigen Krieges, die Regel des Völkerrechts: Kein Land darf sich in die Angelegenheiten anderer Länder einmischen.

Die USA halten sich nicht mehr daran. Sie können zwar in die Angelegenheiten anderer Länder eingreifen, behaupten aber im Grunde, jedes andere Land, das von den USA profitiert, würde ihren Handel behindern oder eine Bedrohung für die nationale Sicherheit darstellen.

Die USA haben also ihre idealistische Rhetorik und die ihr zugrunde liegende Weltordnung, die sie 1945 etabliert hatten, aufgegeben.

China, Russland, die Reden von Außenminister Lawrow und Präsident Putin – sie alle sagen dasselbe: die Ideale der Vereinten Nationen, wie sie dargelegt wurden; die Ideale des Handels – nicht, um ihn als Waffe einzusetzen, sondern um gegenseitigen Nutzen zu erzielen; das Ideal der staatlichen Rolle bei der Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung; all das war eine gute Idee.

Doch die Ausbreitung des Neoliberalismus durch die USA und die EU widerspricht im Wesentlichen all dem, was 1945 versprochen wurde. Wir leben in einer völlig anderen Welt.

Wir können diese Welt nicht wiederherstellen, solange wir den USA ein Vetorecht in den Vereinten Nationen lassen, solange sie militärisch stark und bereit sind, in ausländische Wahlen einzugreifen; Regimewechsel zu unterstützen und sicherzustellen, dass ihre eigenen Politiker gewählt werden, unabhängig von den Wünschen der Bevölkerung.

Beispielsweise in Europa: Ein Großteil der europäischen Bevölkerung will ein Ende des Krieges in der Ukraine. Die Politiker wollen den Krieg der NATO gegen Russland eskalieren.

Man kann es sich vorstellen: Was die von den USA unterstützten Politiker in vielen Ländern vertreten, ist das Gegenteil dessen, was die Wähler wollen.

Genau wie in den USA. Trump gewann die Wahl mit dem Versprechen, im NATO-Krieg gegen Russland Frieden zu schaffen; er werde ein Friedenskandidat sein, nicht der Kriegskandidat, den Biden und Harris einst darstellten. Das alles sind nur Wahlversprechen, reine Rhetorik, das ist das Narrativ, das wir geschaffen haben.

Es gibt also gewissermaßen zwei unterschiedliche Narrative, die die Sicht der Menschen auf die Spaltung der Welt prägen: zwischen den 15 Prozent der Bevölkerung – den USA und Europa sowie Amerikas Satellitenstaaten in Asien – und den 85 Prozent – der globalen Mehrheit im globalen Süden –, die gegenseitigen Handel und Nutzen anstreben.

Dafür braucht es ein politisches und ein Steuersystem, das die Entstehung einer heimischen Finanzoligarchie, Monopololigarchie und Immobilienoligarchie, die das Wirtschaftswachstum in ihren Ländern hemmen, im Wesentlichen verhindert.

Und die USA wollen eine solche Oligarchie schaffen, solange sie von US-Investoren selbst kontrolliert wird.

Wie erklären Sie sich also, warum Politiker dieser pro-amerikanischen Haltung folgen?

Nun, ich denke, es gibt eine Reihe von Antworten darauf, warum sie einen anderen Ansatz für die Umstrukturierung der Welt verfolgen.

Politiker leben kurzfristig, und viele sind so sehr daran gewöhnt, schikaniert zu werden, dass sie dem Stockholm-Syndrom erliegen und sich mit dem Tyrannen identifizieren. Sie denken: „Die Amerikaner sind so mächtig; wir können wirklich nichts tun; wir müssen uns ihnen anschließen, weil der Tyrann stark genug ist, jede andere Politik zu bekämpfen, die wir verfolgen.“

Die Demokratie soll die Entwicklung einer Oligarchie wie in den USA verhindern.

Sie soll ein Goldenes Zeitalter verhindern. Sie soll die wirtschaftliche Polarisierung zwischen dem einen Prozent der Wirtschaft – der Gläubigerklasse, der Milliardärsklasse der Gläubiger, Monopolisten, Immobilienbesitzer – und dem Rest der Wirtschaft – den Schuldnern, Mietern und Lohnempfängern, die immer weniger Kontrolle über ihre Arbeitsbedingungen haben – verhindern.

Das wird nicht verhindert; es wird vom Neoliberalismus gefördert – genau das Gegenteil von dem, was versprochen wurde.

Es ist, als hätten wir eine neue Art von Kolonialismus; aber es ist kein offenkundiger militärischer Kolonialismus, außer in Ländern, die sich weigern, US-Gesetze zu befolgen. Es ist so etwas wie Freihandelsimperialismus oder der US-Schatzwechselstandard.

Es geht um das, was der Westen „Demokratien“ nennt, also um die Fremdbestimmung der neo-liberalen Klasse – jener Leute, die zum Weltwirtschaftsforum in die Schweiz gehen und glauben, sie würden die Welt planen, die sie sich wünschen.

Wir haben es mit zwei Arten von Wirtschaftstheorien zu tun.

Die realitätsnahe Wirtschaftstheorie geht davon aus, dass Schulden exponentiell wachsen, die Gesellschaft polarisieren und eine Krise auslösen, wenn sie nicht erlassen werden.

Die orthodoxe Wirtschaftstheorie, die an allen Universitäten des Westens gelehrt wird, besagt, dass sich die Wirtschaft automatisch stabilisiert und Gleichheit zwischen den Menschen und den Nationen schafft, wenn man den Staat einfach abschafft, ihn in Ruhe lässt und nichts reguliert. Freihandel macht die Nationen gleicher, statt sie zu polarisieren.

Sie haben eine ganz andere Wirtschaftstheorie, um eine ganz andere Art der sozialen und wirtschaftlichen Organisation zu rechtfertigen.

In anderen Ländern war der Kampf Asiens und der globalen Mehrheit heute – und von Putin gegen das Erbe der Kleptokraten, die die Neoliberalen in Russland subventioniert haben –, wie man diese reiche Klasse halten kann – man kann sie Reichtum anhäufen lassen, aber sie muss ihren Reichtum im öffentlichen Interesse verwenden, um die Gesamtwirtschaft zu entwickeln und der Wirtschaft zu nutzen, nicht um die Wirtschaft niedrigeren Löhnen zu unterwerfen, um ihren Reichtum zu nutzen, um die Regierung zu übernehmen und die Regierung von der Fähigkeit, sie zu regulieren, abzuhalten.

Diese Entmündigung der Regierung bei der Regulierung ist das politische Programm von Donald Trump. Er sagt, er wolle jede Art von staatlicher Regulierung und Besteuerung deregulieren. Er will die progressive Besteuerung abschaffen. Er will jegliche Umweltregulierung verhindern. Er hat sich aus allen Abkommen zur globalen Erwärmung zurückgezogen, die Amerika abgeschlossen hat.

Trump und Vance sind nach Europa gereist und haben die rechtsgerichteten Parteien unterstützt, die diese Agenda dort verfolgen. Die USA unterstützen diese Art von Wirtschafts- und Sozialphilosophie. Jedes Land, das versucht, regulierend einzugreifen, wird politisch angegriffen.

Das geht nun schon seit 2500 Jahren so. Der Vorreiter der Demokratie in Griechenland war bereits im 6., 7. und 8. Jahrhundert v. Chr., als die lokalen mafiaähnlichen Oligarchien von populistischen Führern gestürzt wurden, die man „Tyrannen“ nannte.

Die römische Oligarchie beschuldigte die Reformer, das Königtum anzustreben. Die griechische Oligarchie bezeichnete alle Reformer, die Demokratie anstrebten, als Tyrannen. Und die Amerikaner bezeichnen alle Reformer als Sozialisten – als ob sozialistisch heute dasselbe wäre wie das Streben nach dem Königtum, um den Ehrgeiz zu kontrollieren, als Tyrannen.

Das Geschichtsbild ist auf den Kopf gestellt worden. Und sie behandeln all diese Begriffe als Schimpfwörter, nicht als das Ideal, das sie während der gesamten Reformbewegung im 19. Jahrhundert waren.

Ben: Nun, ich weiß nicht, ob ich dem viel hinzufügen kann. Sie haben wieder so viele interessante Punkte angesprochen. Und Sie haben diese Parallelen über die Jahrtausende der Geschichte im Kampf gegen die Oligarchie sehr gut herausgearbeitet.

Wir sehen das heute so deutlich. Natürlich vertritt jeder US-Präsident die Finanzoligarchen der Wall Street. Aber Trump hat die Maske abgenommen, den Schleier gelüftet, und es so deutlich wie möglich gemacht.

Er lädt diese Milliardäre regelmäßig in das Weiße Haus ein. Er hat Elon Musk, dem reichsten Milliardär der Welt, ein Büro im Weißen Haus gegeben. Er hat alle diese Oligarchen zu seiner Amtseinführung eingeladen.

Ich denke also, Ihr Argument ist – Sie sagen das schon seit langem, und es hat sich gezeigt, dass Sie Recht haben. Trump ist wirklich die Verkörperung all dessen, was Sie schon so lange sagen.

In diesem Sinne denke ich, dass dies ein wirklich guter Punkt ist, um abzuschließen. Gibt es noch etwas, das Sie hinzufügen möchten?

Michael: Welches Land würde einen Staatschef wählen, der sein Geld durch den Betrug anderer Menschen verdient hat? Indem er seine Lieferanten betrogen und nicht bezahlt hat, indem er ihnen nur die Hälfte des versprochenen Geldes angeboten hat; indem er bankrott gegangen ist und seine Bankkredite nicht bedient hat; und indem er nicht nur ein angeborener Lügner ist, sondern das auch noch als soziale Tugend betrachtet!

Man fragt sich, wenn so jemand gewählt wird, oder jemand wie Obama oder Biden, wenn man sich die Leute ansieht, die in den USA oder sogar in Großbritannien gewählt wurden, wie konnte das jemals passieren, unter den Bedingungen, die vor 80 Jahren erwartet wurden?

Die Welt wird auf den Kopf gestellt. Und wie soll der Rest der Welt versuchen, den Schaden wiedergutzumachen?

Und sie können den Schaden nicht wirklich rückgängig machen. Alles, was sie tun können, ist, sich zu isolieren, mit Trump mitzugehen – die Isolation zu akzeptieren. Sich zu isolieren ist die einzige Möglichkeit, wie sie eine Alternative zur Kapitulation vor der neoliberalen, polarisierten Wirtschaft und Gesellschaft der USA schaffen können.

Ben: Wieder einmal gut gesagt. Ich habe mit dem Wirtschaftswissenschaftler Michael Hudson gesprochen, und ich werde seinen jüngsten Bericht über Donald Trumps Zölle, die Raubritter und das Goldene Zeitalter [verlinken](#).

Vielen Dank, dass Sie bei mir waren, Michael. Es ist immer ein Vergnügen, mit Ihnen zu sprechen.

Michael: Danke, dass ich wieder dabei sein darf, Ben.